



Interpellation

**Interpellation Angela Tsering-Bruderer: Mitmachen beim Bodensee-Städtevergleich – oder ähnliche Zusammenarbeit bilden?; schriftlich**

Angela Tsering-Bruderer sowie 34 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 2. Mai 2006 die beiliegende Interpellation "Mitmachen beim Bodensee - Städtevergleich – oder ähnliche Zusammenarbeit bilden?" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

1. Das trinationale Projekt „Lernende Verwaltungen“, dem die Städte Friedrichshafen, Konstanz, Radolfzell, Überlingen, Dornbirn, Feldkirch, Kreuzlingen und Schaffhausen angeschlossen sind, versteht sich als eine Plattform für den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit der beteiligten Städte. Das Projekt wird umschrieben als Städtetzwerk, welches „dem Austausch von Wissen und Erfahrungen durch interkommunale Zusammenarbeit auf allen Ebenen“ dient. Im Zentrum der Aktivitäten der ersten Phase 2003 bis 2005 lag die gemeinsame Weiterbildung der Mitarbeitenden der Städte mit den Themen Mitarbeiterorientierung, Bürgerorientierung und Verwaltungskultur. In der zweiten Phase 2006 bis 2008 ist vorab die Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen vorgesehen, welche in Seminaren und Workshops aktuelle Fragestellungen diskutieren und Lösungen erarbeiten. Als Beispiele werden Themen aufgeführt wie betriebliches Gesundheitswesen, eGovernment, Elektronische Aktenführung, Facility-Management, Seminare Personalentwicklung, Sportförderung und Stadtentwicklungsplanung.

Themenbezogene Zusammenarbeit und Benchmarking zwischen den Verwaltungen von Städten (und teilweise auch anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften), sei dies auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene, ist wichtig und auch selbstverständlich. Zwar bestehen aufgrund verschiedener struktureller und rechtlicher Voraussetzungen zum Teil wesentliche Unterschiede im Aufbau der Verwaltungen und in ihren Aufgaben. Das gilt vor-



ab im internationalen Bereich, wo beispielsweise das Personalrecht traditionell anders ausgestaltet ist als in der Schweiz. Dennoch lohnt sich der Blick über die eigene Verwaltung hinaus und, wo sinnvoll, eine Zusammenarbeit in institutionalisiertem Rahmen. Solche Kooperationen dienen als Plattform für einen Informations- und Ideenaustausch, ermöglichen Vergleiche und die Entwicklung gemeinsamer Projekte.

2. Auch für die Stadt St.Gallen ist Zusammenarbeit zwischen Behörden und Verwaltungen anderer Gemeinwesen – Bund, Kantone, Städte und Gemeinden – seit Jahren eine Selbstverständlichkeit. Nachfolgend sind die zentralen Kooperationen der Stadtverwaltung mit anderen Verwaltungen aufgeführt:

#### Bürgerschaft und Behörden

Die Stadt St.Gallen gehört der Vereinigung der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP) sowie deren regionaler Vereinigung St.Gallen-Rorschach an. Diese Gremien pflegen einen regen Erfahrungs- und Gedankenaustausch und befassen sich in verschiedenen Projektorganisationen mit aktuellen politischen Fragestellungen; oft werden Fachleute aus der Stadtverwaltung zugezogen. Der Stadtschreiber ist gegenwärtig Präsident der Schweizerischen Konferenz der Stadt- und Gemeindeführer. Nebst regelmässigem Informationsaustausch ist die Teilnahme an Arbeitsgruppen und Vernehmlassungen des Bundes – z.B. eVoting oder Volkszählung 2010 – ein zentrales Thema. Im Bereich eGovernment besteht seit kurzem im Kanton St.Gallen ein sechsköpfiges Kooperationsgremium, das die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen dem Kanton und allen 89 Gemeinden entwickelt. Der Stadt St.Gallen steht im Gremium ein Sitz zu. Die projektbezogene Zusammenarbeit ist im Aufbau begriffen.

#### Direktion Inneres und Finanzen

St.Gallen ist Mitglied der Konferenz Schweizer Städte für Kulturfragen, der die grösseren und mittleren Schweizer Städte angehören. Themen sind Kulturförderung und Kulturpolitik.

Im Bereich Informatik bestehen verschiedene Arbeitsgruppen und Benchmarking-Projekte: St.Gallen ist Mitglied der Schweizerischen Informatikkonferenz. Diese bezweckt den Erfahrungsaustausch, gemeinsame Entwicklungen, die Optimierung von Einkaufsmöglichkeiten und die gegenseitige Beratung. Mit der Stadt Chur, der Landschaft Davos und dem Fürstentum Liechtenstein ist die Stadt Mitglied der Arbeitsgruppe Schulinformatik Ostschweiz und Fürstentum Liechtenstein. Im Best Practice-Städtevergleich messen sich die Städte Zürich, Winterthur, Basel, Biel, Bern, Luzern und St.Gallen betreffend Kosten, Leistung und Qualität in der Informatik.



In der ERFA-Gruppe der Finanzdirektoren sind die Stadt St.Gallen und ihre sog. „Vergleichsstädte“ zusammengefasst. Themen sind die Finanzpolitik, Aussprachen zu Rechnung und Budget, Städtevergleiche sowie Fragen wie Sparpakete oder NPM.

Im Personalbereich bestehen verschiedene Netzwerke, in denen die Stadt St.Gallen mit anderen Städten, mit Kantonen und mit dem Bund zusammenarbeitet. In der Schweizerischen Konferenz der Personalleiterinnen und –leiter öffentlicher Verwaltungen arbeiten Bund, Kantone und grosse Städte zusammen; sie wird gegenwärtig vom Leiter des Personalamts der Stadt St.Gallen präsiert. In der Erarbeitung und Zurverfügungstellung gemeinsamer Weiterbildungsangebote arbeitet die Stadt mit den Verwaltungen der Kantone St.Gallen, Aargau, Appenzell A. und S., Thurgau, nach Bedarf auch Graubünden, Glarus und Schaffhausen zusammen. Dem internationalen Erfahrungsaustausch dient die Plattform Arbeitskreis Bodensee mit den Städten Friedrichshafen, Lindau, Bregenz und Dornbirn.

#### Direktion Schule und Sport

Die Stadt St.Gallen ist Mitglied im kantonalen Verband St.Galler Volksschulträger. Der Verband vertritt die Interessen der Schulgemeinden gegenüber Erziehungsrat und Erziehungsdepartement. Er nimmt Stellung zu kantonalen Schul- und Bildungsfragen im Bereich der Volksschule zu Schulentwicklungsprojekten. Weiter ist die Stadt Mitglied der Konferenz der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren sowie der Städteinitiative Bildung Volksschule. Während die Konferenz der Schuldirektorinnen und Schuldirektoren primär dem Gedanken- und Erfahrungsaustausch dient, bearbeitet die Städteinitiative bildungspolitische Fragen der Volksschule, welche die schweizerischen Städte betreffen. Weiter sorgt sie in Absprache mit dem Städteverband für eine wirksame Vertretung der bildungspolitischen Anliegen der Städte gegenüber den Behörden der Kantone und allenfalls des Bundes.

Auf der Ebene Dienststelle ist das Jugendsekretariat in verschiedenen Jugendinformationsprojekten mit anderen Städten vernetzt. So ist es namentlich dem EU-Projekt „aha“ Bodensee angeschlossen, einem grenz- und barrierefreien Informationspool für junge Menschen im Raum Bodensee, dem das Land Vorarlberg, das Fürstentum Liechtenstein und die Stadt Ravensburg angehören. Der Vernetzung und dem Erfahrungsaustausch dient auch das „G 5 Treffen“ der Leiterinnen und Leiter der städtischen Jugendarbeit und privater Trägervereine der Städte Basel, Winterthur, Zürich, Luzern und St.Gallen.

Das Sportamt ist Mitglied des schweizerischen Verbandes aller Sportämter und Sportanlagenbetreiberinnen und -betreiber (ASSA). Dieses Gremium befasst sich mit der Diskussion sportpolitischer Fragen und der Zusammenarbeit mit Verbänden. Mit anderen Städten ist das Sportamt in der ERFA Kunsteisbahnen vertreten, mit Betreiberinnen und Betreibern von öffentlichen und privaten Hallenbädern in der IG Hallenbäder.



#### Direktion Soziales und Sicherheit

Viele Schweizer Städte, darunter auch St. Gallen, sind in der „Städteinitiative Sozialpolitik“, einer Organisation des Städteverbandes, zusammengeschlossen. Sie vertritt die sozialpolitischen Anliegen der Städte gegenüber dem Bund und den Kantonen und befasst sich auch mit Fragen der Sozialhilfe und entsprechenden Kennzahlenprojekten. St.Gallen ist auch Mitglied der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sowie der St.Gallischen Konferenz der Sozialhilfe (KOS). Themen sind hier vorab die Sozialhilferichtlinien und die Sozialhilfep Praxis. Mit anderen Schweizer Städten ist St.Gallen Mitglied der Schweizerischen Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen.

Ähnliche Gefässe für Erfahrungsaustausch und Vergleiche bestehen im Bereich Polizei, Feuerwehr und Zivilschutz, so namentlich die Konferenz der städtischen Polizeidirektorinnen und -direktoren der Schweiz, welche die Sicherheitspolitik in den Schweizer Städten zum Inhalt hat, die Konferenz der Kommandanten des Ostschweizerischen Polizei-Konkordate und die Konferenz der Vereinigung Städtischer Polizeichefs. Im Bereich Feuerwehr gehört die Stadt der Vereinigung der schweizerischen Berufsfeuerwehren an, die mit Schwergewicht städtische Problemstellungen bearbeitet; sie wird gegenwärtig vom Kommandanten der Feuerwehr der Stadt St.Gallen präsi diert.

#### Direktion Technische Betriebe

St.Gallen gehört zusammen mit verschiedenen Schweizer Städten zu den „Klimabündnisstädten Schweiz“ mit den Themen Klimaschutz und Energie. Im Bereich „Ökologische Beschaffung“ ist St.Gallen mit dem Land Vorarlberg und den Städten Konstanz und Ravensburg beteiligt am Interreg IIIA-Projekt „Ökologische Beschaffung in der Bodenseeregion“. Die Energiebeauftragten der grossen Schweizer Städte sind in einer ERFA-Gruppe zusammengefasst. Als Mitglied des Cercle Indicateurs entwickelt die Stadt St.Gallen gemeinsam mit anderen Städten (z.B. Winterthur und Luzern), mit Bundesstellen und mit acht Kantonen ein Kernindikatorensystem für die Nachhaltige Entwicklung.

Das Entsorgungsamt wirkt in der Fachorganisation für Entsorgung und Strassenunterhalt FES des Schweizerischen Städteverbandes zum Thema Infrastrukturmanagement mit. Zusammenarbeit und Benchmarking pflegt die Stadt in der ERFA-Gruppe von in den Bodensee einleitenden Abwasserreinigungsanlagen und mit den sog. „Benchmark ARA's“, in der rund 30 Städte bzw. Verbände zusammengefasst sind.

Die Sankt Galler Stadtwerke arbeiten namentlich in Marketingfragen mit verschiedenen Städten und Gemeinden in Arbeits- und ERFA-Gruppen zusammen. Zusammen mit 80 Elektrizitätsunternehmen sind die Stadtwerke Mitglied des Verbands Schweizerischer Elektrizitäts-



tätsunternehmen. Die Städte Aarau, Bern, Genf, Lausanne, Luzern, St.Gallen, Schaffhausen, Winterthur und Zürich bilden eine ERFA-Gruppe „Elektrizitätsnetze und –anlagen“, in der es um den Austausch von Know-How im Bereich Netz- und Anlagenplanung sowie Betriebsführung geht.

Die Leiter der Verkehrsbetriebe der grösseren Städte arbeiten in der Kommission des Verbandes öffentlicher Verkehr zusammen. Themen sind Fragen des Agglomerationsverkehrs, betriebliche Fragen und Harmonisierungen.

Direktion Bau und Planung

Mit dem Tiefbauamt ist die Stadt in der Arbeitsgruppe Leistungs- und Kostencontrolling der Fachorganisation FES des Schweizerischen Städteverbandes vertreten. Beteiligt sind in dieser Arbeitsgruppe auch die Städte Basel, Bern, Biel, Chur, Luzern, Winterthur, Pully und Zürich. Themen sind bspw. das Leistungs- und Kostencontrolling im Strassenunterhalt, das Erstellen von Kalkulationsgrundlagen für Personal und Fahrzeuge. Vergleiche bei den Tarifen, Lohn- und Maschinenansätzen sind Themen der ERFA-Gruppe Ost der Leiter von Gartenbauämtern (St.Gallen, Winterthur, Schaffhausen und Chur). In der Vereinigung staatlicher und kommunaler Liegenschaftenverwalter sind Fachleute von Kantonen und Städten der Deutschschweiz vertreten. Themen sind Liegenschaftspolitik, Facility Management und bauliche Themen wie Ökologie oder Altlasten. Das Amt für Baubewilligungen wirkt in verschiedenen ERFA-Gruppen mit, in der Deutschschweizer Städte und Gemeinden beteiligt sind. Themen sind bspw. neue Rechtserlasse, interne Weiterbildung und die Vereinheitlichung der Baubegriffe. Die Interessengruppe e-geo des Schweizerischen Städteverbandes, in welcher St.Gallen mit den grösseren Städten der Schweiz beteiligt und darin durch das Vermessungsamt vertreten ist, nimmt die Interessen der Städte innerhalb der Gesetzgebungsprozesse des Bundes zu eGovernment im Bereich der Geoinformationen wahr. Wichtige regionale und überregionale Koordinationsgremien des Stadtplanungsamtes sind die „Vereinigung der Gemeinden der Region St.Gallen“ (Regionalplanung), welche u.a. raumplanerische Fragen bearbeitet, ferner die Kontaktgruppe „Freiraumplanung“ und die städtische Fachstelle für Natur- und Landschaftsschutz, welche im nationalen Rahmen einen Gedankenaustausch zu den Themen Natur und Landschaft pflegt.

3. Wenn der Stadtrat vor diesem Hintergrund von einem Beitritt zum Projekt „Lernende Verwaltungen“ oder vom Aufbau eines neuen Projektes absieht, so vorab deshalb, weil die Stadt St.Gallen bereits heute in verschiedenen Gremien – zum Teil auch auf internationaler Ebene – mit anderen Verwaltungen eng vernetzt ist, erfolgreich zusammenarbeitet und Prozesse und Ergebnisse vergleicht. In diesen gewachsenen und gut funktionierenden Strukturen werden ähnliche Fragestellungen bearbeitet wie im Projekt „Lernende Verwaltungen“.



Soweit neue Themen aktuell werden, sollen sie möglichst innerhalb der bereits bestehenden Gefässe eingebracht werden, dies nicht zuletzt auch mit Blick darauf, dass neue Kooperationen zusätzliche personelle Ressourcen binden würden.

Auch aus dem Grund, dass „die Schweizer Kommunen viel über die frühzeitige Bürgerbeteiligung in Deutschland lernen könnten“ drängt sich ein Beitritt zum Projekt „Lernende Verwaltungen“ nicht auf. Mit Vernehmlassungsverfahren in gesetzgeberischen Belangen, mit dem frühen Einbezug der Bevölkerung etwa bei Strassenraumprojekten oder bei der Schaffung neuer Buslinien, mit der Konsultation von Quartierorganisationen und neu mit den Instrumenten des vorgesehenen Partizipationsreglementes bestehen auch in St.Gallen verschiedene Möglichkeiten des frühen Einbezugs der Einwohnerinnen und Einwohner. Ausserdem sind die Elemente der direkten Demokratie (Referendum und Initiative) in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgestaltet.

Der Stadtpräsident:  
Hagmann

Im Namen des Stadtrats  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation vom 2. Mai 2006

